

Armut und psychische Krankheit in der reichen Schweiz, im reichen Europa (von Rainer Glauser)

Vier unterschiedliche Schlaglichter auf die Folgen einer marktwirtschaftlichen Produktion akuter und relativer Verarmung durch Lohnzurückhaltung

Teil 2: Statistische Elendsverwaltung anstelle politischen Handelns

Die Versuchung, sich bei einem Text zu Armut und psychische Krankheit zunächst auf Zahlen und Statistiken zu berufen in der Meinung, dass mit einer statistisch-empirischen Grundlage Thesen, Überlegungen und daraus gezogene Schlussfolgerungen zu plausibilisieren seien und sich die Vernunft dadurch besser durchsetzen möge, ist so gross wie naiv. Bei sozialpolitischen Fragen wie Marktwirtschaft, Armut und psychischer Krankheit ist es seit längerem Mode geworden Unmengen von Statistiken, Zahlen und Berichten zu produzieren. Eine ganze Industrie sogenannter Experten wird dadurch alimentiert. Nur: **Das Produzieren von Berichten ist *anstelle* eines politischen Handelns getreten.**

Die Bemühungen gesellschaftspolitisch unliebsame Sachverhalte hauptsächlich statistisch zu verwalten sind deswegen – um einen Begriff des österreichischen Philosophen Robert Pfaller¹ zu entlehnen – als „Pseudopolitik“ zu bezeichnen. Es handelt sich dabei neben dem Produzieren von Statistiken und Berichten ohne politische Handlungskonsequenz auch um Bemühungen, grosse Teile der Bevölkerung zu infantilisieren und dadurch zu entsolidarisieren. Staatliche Aktivitäten zielen dabei vorwiegend auf die pseudopolitische Regelung von Problemen, die erwachsene Menschen durchaus selber handhaben könnten, während aber die politischen Aufgaben verweigert werden. Als Beispiel seien hier nur die infantilisierenden Gesundheitskampagnen erwähnt, bei denen von der eingeschränkten Teilhabe eines Grossteils der Bevölkerung an der erwirtschafteten Produktivität des Landes abgelenkt wird wie in obigem Beispiel der höheren „Gesundheitskompetenz“ von finanziell besser gestellten Personen.

Besonders deutlich zeigt sich Pseudopolitik bei der Armutsbekämpfung und der sogenannten Gesundheitsversorgung, insbesondere der psychiatrisch-psychotherapeutischen Grundversorgung. In beiden, voneinander nicht unabhängigen Bereichen,

¹ Robert Pfaller (2017): Erwachsenensprache. Über ihr Verschwinden aus Politik und Kultur.

sind Zahlen seitens der entsprechenden Bundesämter vorhanden² (Bundesamt für Statistik, Bundesamt für Gesundheit, BASS-Studien zur Versorgungssituation oder auch dem OBSAN), ohne dass diese politische (und nicht pseudopolitische) Konsequenzen hätten. Diesbezügliche Anfragen an die entsprechenden Behörden werden in der Regel mit dem Hinweis auf weitere, noch abzuwartende Resultate von weiteren, abermals „erforderlichen“ Studien abgetan. Erst danach könne man, wie es oftmals heisst, den aktuellen Handlungsbedarf analysieren. Und die Formulierung „den Handlungsbedarf analysieren“ ist gut gewählt, macht sie doch deutlich, dass es dabei ums Handeln schon längst nicht mehr geht.

Dass es jedoch auch ganz anders gehen kann, nämlich für Schweizerverhältnisse rassend, ja wahnsinnig schnell gehen kann – wie Bundeshausredaktor Christoph Lenz im Tagesanzeiger am 16. März 2018 unter „Als wäre der Teufel hinter ihnen her“ beschrieben hat – zeigt sich anhand des Sozialdetektiv-Gesetzes. Das ungeheure Tempo, mit dem das Parlament dieses Gesetz „bereinigt“ hat, stellt nicht nur eine Machtdemonstration der Versicherungslobby dar, sondern ähnelt psychodynamisch dem Furor der heiligen römischen Inquisition gegen die Unterschicht. Es ist gut, dass sich dagegen nunmehr Widerstand regt; allerdings von privater Seite und nicht von politischen Parteien initiiert.

Auch in Deutschland zieht sich die Politik in sozialen Fragen auf Pseudopolitik zurück, wie sich in der hitzigen Debatte um die „Essener Tafel“ exemplarisch zeigte. Anlass der Diskussion, bei der sich sowohl Kanzlerin Merkel als auch Bundespräsident Steinmeier einschalteten, war der Entscheid der Essener Tafel neue Berechtigungen zum Empfang von Lebensmitteln vorübergehend nur noch an Bürger mit deutschem Ausweis zu vergeben. Die Tafeln sind ehrenamtliche Aktionen, bei denen Lebensmittel verteilt werden. Uwe Bussmann, Vorsitzender des Vereins Saarbrücker Tafel erläuterte in der Saarbrücker Zeitung vom 20.12.2017:

„1998 fingen wir an, um armen alten Frauen, z.B. Kriegerwitwen mit kleinen Renten, zu helfen, die sich weder zum Sozialamt trauten noch ihren Kindern zur Last fallen wollten. Heute kommen ganze Familien zu uns, Opas, Väter und Enkel, die nie etwas anderes kannten als ein Leben in Armut. Angetreten waren wir mir dem Anspruch, Lebensmittel zu retten und damit Menschen zu unterstützen. Inzwischen arbeiten wir an gegen die Folgen der Massenarmut. 42000 Stunden erbrachten unsere Ehrenamtlichen allein 2015. Aber den Sozialstaat können wir so nicht retten.“

² Auch wenn man besagte Zahlen und die in Auftrag gegebenen Studien sowie ihre Methodik keineswegs unkritisch betrachten kann.

Angela Merkel kritisierte den Entscheid (Berechtigung nur für deutsche Bürger) in einem RTL Interview: „Da sollte man nicht solche Kategorisierungen vornehmen. Das ist nicht gut ...“, aber es zeige auch „den Druck, den es gibt.“³ Und Frank-Walter Steinmeier warnte:“ Die Politik muss Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einer Konkurrenz der Bedürftigen kommt, die sich dann auch noch aggressiv äussert.“⁴

Nun, so Recht den beiden zu geben ist, so sehr stellt sich doch ernsthaft die Frage, warum Herr Steinmeier oder Frau Merkel nicht sagten, dass die Politik Sorge dafür tragen muss, dass es nicht zu Bedürftigkeit kommt?⁵

Hat man sich unter der vorherrschenden marktwirtschaftlichen Ideologie in Europa und Amerika schon längst damit abgefunden, dass Bedürftigkeit und Armut naturgegeben seien? Oder ist es noch prekärer? Stellt sich sozial- und gesundheitspolitisch europaweit zunehmend die beunruhigende Frage, wie der Widerspruch aufzulösen ist, dass sich ein Sozialstaat mit seinen Institutionen der Armutsbekämpfung widmen soll, wenn er selbst einen Krieg gegen die Armen führt, wie Robert Reich, ehemaliger US-amerikanischer Finanzminister, Studienfreund und Weggefährte von Bill Clinton es auf den Punkt brachte? – Und wie konkretisiert sich diese beunruhigende Ideologie in der Schweiz? Im Schweizer Gesundheitswesen?

³ www.rtlnext.rtl.de

⁴ Saarbrücker Zeitung, 7. März 2018

⁵ siehe auch Heiner Flassbeck, 14.03.2018, www.makroskop.eu.